

Hiemit war die Beratung beendet und Minister des Äußern Graf Kálnoky schloß die Sitzung.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Wien, 3. April 1894. Franz Joseph.

Nr. 68 *Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 28. März 1894*

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Fürst zu Windisch-Grätz (o. D.), der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle (o. D.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (31. 3.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister GdK. Edler v. Krieghammer (o. D.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Graf Tisza (o. D.), der k. k. Finanzminister Edler v. Plener (10. 4.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (7. 4.).

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Ritter v. Khu.

Gegenstand: Der Voranschlag über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie pro 1895.

KZ. 45 – RMRZ. 384

Protokoll des zu Wien am 28. März 1894 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky.

Der Vorsitzende eröffnet die Beratung, indem er zunächst den Voranschlag des gemeinsamen Kriegsministeriums zur Sprache bringt.

Der k. u. k. Reichskriegsminister GdK. v. Krieghammer weist darauf hin, daß die Zusammenstellung des Voranschlages mit genauer Berücksichtigung der unter Ah. Vorsitze am 28. März v. J. getroffenen Vereinbarung¹ über die sukzessive Erhöhung des Budgets des Heeres für die Jahre 1894 bis inklusive 1899 erfolgt sei. Eine Überschreitung der darnach für das k. u. k. Heer entfallenden Quote von 3 500 000 fl. bilde nur die im Extraordinarium erscheinende Anforderung für Herstellung der Detailbaupläne der in Ungarn zu errichtenden Militärakademie per 40 000 fl. Dieselbe sei jedoch lediglich durch eine hierauf bezügliche Resolution der ungarischen Delegation hervorgehoben, sonst aber durch die Notwendigkeit nicht zu motivieren, und wäre daher eventuell der k. u. k. Reichskriegsminister bereit, dieselbe fallenzulassen. Alle anderen Erhöhungen in den einzelnen Posten sind unter sorgfältiger Beachtung des den vorigjährigen Beratungen zugrunde gelegten Prinzips verteilt und dienen zum weiteren Ausbau und der Entwicklung der bestehenden Institutionen. Speziell müsse hervorgehoben werden, daß außerdem in dem Rahmen des dem Kriegsministerium zur Verfügung pro 1895 stehenden Mehrbetrages auch für

¹ Vgl. *GMR. v. 28. 3. 1893, RMRZ. 379.*

eine Erhöhung der Auslagen für die Mannschaftsbeköstigung per 500 000 fl. Vorsorge getroffen sei, da zu fürchten wäre, daß im Herbste die hohen Getreidepreise andauern werden. Hiedurch würden Überschreitungen vermieden und eine größere Realität des Budgets erreicht.

Der Vorsitzende stellt die Anfrage, ob mit Rücksicht auf die Natur des heurigen Budgets des Kriegsministeriums in eine Erörterung der einzelnen Posten desselben eingegangen oder sich auf eine Feststellung der Summe beschränkt werden wolle.

Der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle erklärt, daß die Vertreter der kgl. ung. Regierung bereits im vorigen Jahre hinreichend Gelegenheit gehabt hätten, die einzelnen Institutionen, um deren Fortbildung es sich handle, kennenzulernen und zu erörtern, daß er daher, falls nicht von den Vertretern der k. k. Regierung, welche zum ersten Male an den Ministerberatungen über das Heeresbudget teilnehmen, eine Beratung im einzelnen gewünscht würde, auf eine Beratung der einzelnen Positionen Gewicht zu legen keinen Grund habe.

Der k. k. Ministerpräsident Fürst Windisch-Grätz bemerkt, daß er allerdings bisher nicht in der Lage gewesen sei, an Beratungen der Einzelposten des Heeresetats teilzunehmen, daß er aber von der Ansicht ausgehe, daß die beiden Regierungen ihr Urteil doch in der Hauptsache nur über die Summe abgeben könnten, welche mit Rücksicht auf die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Länder zu den Heereskosten beigetragen werden könne, daß aber die Verteilung dieser Summe auf die einzelnen Posten des Budgets immer eine militärtechnische Frage bleibe, deren Beantwortung in erster Linie den diesfalls kompetenten Stellen überlassen werden müsse.

Der k. k. Finanzminister v. Plener schließt sich dieser Ansicht an, macht aber darauf aufmerksam, daß es vor Feststellung der Hauptsumme für das k. u. k. Heer sich empfehlen würde, die Anforderungen der Marine, welche die Vereinbarungen des vorigen Jahres so namhaft überschreiten, zu beraten. Die Summe von 4 000 000 fl. sei im vorigen Jahre für die Mehrkosten sowohl des Heeres als der Marine in Aussicht genommen worden, und wenn daher wirklich sich eine Überschreitung der für die Marine pro 1895 zugestandenen Mehrkosten von 500 000 fl. als unabweislich ergeben sollte, so könnte eventuell auch daran gedacht werden, diese Überschreitung durch Herabminde- rung einzelner Posten des Heeresvoranschlages zu kompensieren.

Der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle erklärt, daß er selbstverständlich auch seinerseits zur Feststellung der Mehrkosten für das Heer im Betrage von 3 500 000 fl. nur unter der Voraussetzung zustimmen könnte, daß die Mehranforderung für die Marine sich auf die voriges Jahr in Aussicht genommene Quote von 500 000 fl. einschränken würde.

Der Vorsitzende bringt demgemäß den Voranschlag der Marine zur Beratung.

Der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck ergreift das Wort zur Begründung der von ihm beantragten Mehranforderungen. Dieselben seien zunächst durch Umstände motiviert, welche erst seit den letzten Beratungen eingetreten seien und die er daher unmöglich

bei Aufstellung des sukzessiven Erfordernisses für die Marine im vorigen Jahre in Rücksicht ziehen konnte. Für die näheren Details dieser Umänderung der Situation, welche die Einschlagung eines beschleunigten Tempos in der Durchführung der für die Entwicklung unserer Marine nötigen Maßnahmen bedinge, weist der Sprecher auf den Inhalt einer Broschüre hin, welche er den Teilnehmern an der Konferenz habe zukommen lassen² und aus welcher zu ersehen sei, wie durch die bedeutende Vermehrung fremder Flotten, durch die Unmöglichkeit Italiens, für die Sicherheit der Adria vorzusorgen, durch das immer mehr infolge der beschlossenen Aufstellung einer russischen Mittelmeerflotte und die franko-russischen Demonstrationen in die Wahrscheinlichkeit tretende eventuelle Zusammenwirken russischer und französischer navaler Streitkräfte sich die Lage unserer Flotte im Hinblick auf die ihr zufallende Aufgabe schwierig gestaltet habe, insbesondere was die Abwehr einer etwa bevorstehenden Landung feindlicher Truppenmassen an der dalmatinischen Küste betreffe. Bezüglich der Einzelheiten der von ihm beanspruchten Mehranforderung weist der k. u. k. Marinekommandant darauf hin, daß die Mehranforderungen im Ordinarium per 267 380 fl. lediglich durch die natürliche Entwicklung schon prinzipiell genehmigter Institutionen hervorgerufen würden und daß daher eigentlich nur die Mehranforderung für das Extraordinarium als eine Überschreitung der auf den Marineetat nach den vorigjährigen Beratungen entfallenden Quote von 500 000 fl. um 756 000 angesehen werden könne.

Der k. u. k. Minister des Äußern Graf Kálnoky kennzeichnete die politische Lage, wie sie sich dermalen darstelle, dahin, daß allerdings in der nächsten Zeit eine noch größere Détente und Friedenszuversicht, als sie heute besteht, zum Ausdrucke kommen dürfte, ohne aber daß an dem bestehenden faktischen Zustand der europäischen Situation etwas geändert sei. Hingegen lasse sich nicht verkennen, daß, nicht in den Zielen, aber in der Richtung der russischen Politik sich in dem letzten Jahre eine beachtenswerte Wendung vollzogen hat, deren Wirkung sich zunächst im Mittelmeere fühlbar mache, u. zw. ist diese unverkennbare Evolution dadurch eingetreten, daß Rußland nunmehr die Absicht bekundet, in der nächsten Zeit das Mittelmeer in vorwiegender Weise in seine Aktion einzubeziehen. In der vorigjährigen Delegation habe der Minister des Äußern den Wunsch nach guten Beziehungen zu Rußland mit einem gewissen Nachdrucke betont und könne nun konstatieren, daß er hiemit in Rußland insoferne einen entgegenkommenden Widerhall gefunden habe, als die Pression an unserer Ostgrenze und nach der Balkanhalbinsel zu bedeutend nachgelassen habe, was auch in einer momentanen Einstellung der Agitation in Bulgarien und Serbien zu erkennen sei. Dagegen mache sich in letzter Zeit von russischer Seite ein Druck in der Richtung des Mittelmeeres fühlbar, dessen äußerliche Symptome in der vorerst allerdings mehr theoretisch beschlossenen Aufstellung der russischen Mittelmeereskadre und in den vielbe-

² Denkschrift des Admirals Freiherrn von Sterneck betreffend notwendige Verstärkung der Kriegsmarine. Wien am 19. März 1894, HHSrA., PA. I, Karton 466.

sprochenen Demonstrationen einer franko-russischen Verbrüderung anlässlich des Besuches der russischen Flotte in Toulon³ zu Tage getreten seien. Das hierdurch demonstrierte eventuelle Zusammenwirken der russischen und französischen navalen Kräfte im Mittelmeere für politische Zwecke habe auch nicht verfehlt, insbesondere in England einen tiefen und nachhaltigen Eindruck zu machen; denn falls es Rußland gelingen sollte, mit seiner Schwarzmeerflotte ins Mittelmeer zu dringen, woran es dermalen allerdings noch durch die Bestimmungen der Verträge gehindert ist, und mit Frankreichs Flotte vereinigt daselbst zu operieren, würde die maritime Stellung Englands im Mittelmeere überhaupt kaum haltbar sein und der Orient faktisch der russischen Suprematie ausgeliefert werden. Auch Italien könnte angesichts einer solchen Eventualität von seiner bisherigen Haltung abgedrängt und damit das ganze Machtverhältnis, worauf das heutige politische System beruht, umgestoßen werden, natürlich zum großen Schaden Österreich-Ungarns. Wenn es sich bei diesen Erwägungen allerdings vorerst um eine Frage der Zukunft handle, so ist nicht zu verkennen, daß dies die nächsten Ziele der russischen Politik sein werden, auf deren Erreichung ja schon lange mit unermüdlicher Zähigkeit hingearbeitet würde. Redner könne es daher nur als vollbegründet erachten, daß der Herr Marinekommandant durch die auf ihm lastende Verantwortlichkeit sich für verpflichtet erachte, diese Gefahren und die Möglichkeit, denselben rechtzeitig zu begegnen, ernstlich ins Auge zu fassen, und demnach seine Anträge stellt. Ob und in welchem Umfange denselben im Hinblick auf die Finanzen entsprochen werden könne, sei der Minister des Äußern zu entscheiden nicht kompetent, doch möchte er die Wichtigkeit, die Entwicklung der Kriegsmarine und die Sicherung unserer Küsten im beschleunigten Tempo durchzuführen, der ersten Erwägung der Konferenz ganz besonders anempfehlen. Es möge übrigens für alle in Rede stehenden Maßnahmen das bisher mit Recht festgehaltene Prinzip ausschlaggebend bleiben, daß dieselben vor allem zum Schutze unserer Küste vor feindlichen Angriffen und zur Sicherung der Flotte selbst bestimmt sein sollen. Wenn die Entwicklung unserer Flotte sich innerhalb dieser Dimensionen hält, entspricht sie ihrer Bestimmung und wird auch niemand den Anspruch zur Teilnahme an weiterreichenden Seeaktionen erheben können, welche den großen Seemächten überlassen bleiben müssen. Wir können uns auf eine Vergleichung unserer Flottenkräfte mit denen der anderen Staaten überhaupt nicht einlassen; bei dem fortwährenden gegenseitigen Überbieten der maritimen Staaten untereinander wird da für uns die bestehende Disproportion auch künftig unvermeidlich sein. Was aber zur Verteidigung unserer Küste und unserer eigenen maritimen Interessen notwendig sei, dafür müssen wir selbst vorsorgen, denn hiebei wird uns niemand helfen, wenn die Gefahr eintritt, und der Minister des Äußern könne daher von diesem Standpunkte nur die Anträge der Marine dem möglichsten Entgegenkommen der Konferenz empfehlen.

Der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay möchte,

³ *Der Flottenbesuch hat am 13. Oktober 1893 stattgefunden.*

anknüpfend an die Darstellung des k. u. k. Ministers des Äußern über die aktuelle Situation der Monarchie, auf ein naheliegendes Beispiel aus den ersten Jahren unseres Jahrhunderts hinweisen, wo es einer russischen Flotte gelungen war, sich in Cattaro^a festzusetzen.⁴ Damals war Dalmatien im Besitze Frankreichs, und Bosnien und die Herzegowina waren türkische Provinzen, dennoch bot diese Besetzung der österreichischen Regierung Grund zu tiefgehender Beunruhigung und ernster Erwägung. Nun seien Dalmatien ein zur Monarchie gehöriges Land, Bosnien und die Herzegowina in unserem Besitze, wieviel mehr Anlaß hätten wir jetzt, eine solche Eventualität nicht zu unterschätzen. An eine Invasion mit größeren Truppenkörpern an der dalmatinischen Küste sei wohl nicht zu denken, aber schon ein geglückter Handstreich daselbst im Momente eines großen Krieges, in den wir verwickelt wären, würde für uns, wenn auch vielleicht nicht von nachhaltendem materiellen Schaden, doch von bedeutender ungünstiger moralischer Wirkung sein. Der Redner müßte daher auch seinerseits anraten, alles rechtzeitig zu tun, um zur Verteidigung und zum Küstenschutz durch die Flotte gerüstet zu sein.

Der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle weist darauf hin, daß man voriges Jahr, als man die Verteilung der für die Entwicklung unserer Wehrkraft nötigen Summen festgestellt habe, von der Ansicht ausgegangen sei, daß im Interesse der Monarchie zunächst notwendig sei, das Heer schlagfertig zu machen, trotzdem habe man für die Marine eine proportionale höhere Mehrquote als für das Heer festgestellt. Er könne nicht erkennen, daß die dargestellte Umwandlung der Situation eine so imminente Gefahr bedeute, daß nicht die Forderungen der Marine, welche die vereinbarten Quoten übersteigen, vorläufig, bis es möglich sein werde, in den Auslagen für das Heer und die Landwehr ein langsames Tempo einzuschlagen, hinausgeschoben werden können.

Keinesfalls erachte er es für möglich, nachdem er erst im November vorigen Jahres in dem Reichstage in der Lage war, die getroffene Vereinbarung als eine Sicherung gegen unerwartete Anforderungen darzustellen, nun nach so kurzer Zeit einen so bedeutenden Bruch dieser Vereinbarungen vor den Vertretungskörpern zu rechtfertigen und zu vertreten. Es handle sich nicht nur um die finanzielle Last, sondern um den moralischen Effekt; eine Regierung, welche nach so kurzer Zeit und ohne einen geradezu überzeugenden und zwingenden Anlaß ihre Zusicherung nicht einhalte, würde nicht ernst genommen werden können. Er müsse daher darauf bestehen, daß für die Mehrkosten des Heeres und der Marine mit dem Betrage von 4 000 000 pro 1895 das Auslangen gefunden werde.

Der k. k. Finanzminister v. Plener führt gleichfalls die Folgen aus, welche eine so bedeutende Durchbrechung des ganzen Rahmens der verein-

^a *Korrektur Kállays aus Sebenico.*

⁴ *Nach dem Frieden von Preßburg i. J. 1805. Vgl. UHLIRZ, Handbuch der Geschichte Österreichs Bd. 2, Teil 1, 459–460.*

barten Leistungen für Heer und Marine für die Finanzgebarung haben müsse und die umso weniger unterschätzt werden sollte, als dormalen noch außerdem der Vorschuß von 2 1/2 Millionen hinzukomme^b, große Mehrauslagen für die Landwehr zu leisten seien und die diesseitige Reichshälfte in sehr bedeutender Weise durch die Kosten der ausschließlich zu militärischen Zwecken zu bauen und gebauten Bahnen getroffen werde. Er müsse daher auch dringend an dem Prinzip festhalten, daß der ja keineswegs enge Rahmen der Mehrkosten für Heer und Marine festgehalten werde. Der Redner weist darauf hin, daß sowohl an einzelnen Posten des Ordinariums als des Extraordinariums Reduktionen möglich seien. Er wäre aber nicht abgeneigt, auf eine gewisse Erhöhung der diesjährigen Kosten einzugehen, um den Wünschen der Marineverwaltung nach Beschleunigung des Tempos in der Herstellung der notwendigen Bauten entgegenzukommen. Vielleicht könnte auch ein Teil durch Ersparnisse im Heeresbudget eingebracht werden.

Der k. u. k. Reichskriegsminister v. Krieghammer erklärt, daß eine Heranziehung der für das Heeresetat beanspruchten Summe für die Marine absolut ausgeschlossen sei.

Der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck konstatiert gleichfalls, daß er auf eine Befriedigung der Anforderungen der Marine durch Heranziehung des Kredites für das Heer nicht reflektiere, indem er Ah. Ortes die Ermächtigung zur Einbringung seiner Anträge nur unter der Voraussetzung erhalten habe, daß hiedurch das Heeresetat nicht beeinträchtigt werde.

Der k. k. Ministerpräsident Fürst Windisch-Grätz macht darauf aufmerksam, daß eine so bedeutende Überschreitung der Vereinbarungen des vorigen Jahres nicht nur einmal finanziell wirke, sondern mit Rücksicht auf die Art, wie die sukzessive Steigerung des Budgets für Heer und Marine festgestellt wurde, auch auf fernere Jahre reflektiere und die Budgets derselben ungünstig beeinflussen könne; über diesen Punkt sei daher vorerst eine Aufklärung sehr wünschenswert.

Im weiteren Verlaufe weist der k. k. Ministerpräsident darauf hin, daß angesichts der Darstellung des Ministers des Äußern über die politische Lage allerdings eine erhöhte Leistung für die Marine notwendig erscheine, daß ferner die Erklärungen des Reichskriegsministers und des Marinekommandanten vorlägen, wornach zu einer solchen erhöhten Leistung für die Marine die Quote des Heeres nicht herangezogen werden könne. Man müsse also streben, ein Mittel zu finden, um den Exigenzen für die Marineausrüstung wenigstens bis zu einem gewissen Grade entsprechen zu können. Unter diesen Umständen dränge sich die Frage auf, ob nicht durch Herabminderung eines anderen gemeinsamen Budgets eine Summe zur Befriedigung der dringenden Anforderungen der Marine gewonnen werden könne, und obwohl der Voranschlag des Ministeriums des Äußern momentan nicht in Verhandlung stehe, stellt der Redner an den Mini-

^b *Korrektur Pleners aus aushafte.*

ster des Äußern die Anfrage, ob er nicht vielleicht auf die Inanspruchnahme der ersten Rate für den Bau des Sommerpalastes in Jeniköi für dieses Jahr verzichten könne.

Der k. u. k. Minister des Äußern Graf Kálnoky erwidert, daß er diese Post eingestellt habe, da sowohl die Rücksicht auf den Sultan, der den Grund zu diesem Palaste bereits vor zehn Jahren geschenkt habe, als das Prestige der Monarchie, das jedenfalls nicht gewinne, wenn an einem so prominenten Punkte des Bosphorus eine ihr gehörige Ruine so lange aus Mangel an Geldmitteln stehen bleibe, es erfordere, endlich an den Bau dieses Palastes zu schreiten. Die Kosen hiefür seien mit 300 000 fl. berechnet und werde nun die erste Rate angesprochen. Dringend sei die Sache nun allerdings nicht und könne eventuell wieder auf ein Jahr hinausgeschoben werden, aber gebaut müsse endlich werden.

Der k. k. Finanzminister v. Plener glaubt auch, daß der Bau nicht zu vermeiden sei, regt aber an, daß die Kosten hiefür durch Heranziehung der Zentralaktiven aufzubringen wären und diese Summe aus dem heurigen Budget des Ministeriums des Äußern entfele. Der Minister des Äußern Graf Kálnoky erklärt sich eventuell mit dieser Modalität einverstanden.

Der Bemerkung des k. k. Ministerpräsidenten Fürsten Windisch-Grätz gegenüber, daß die eliminierte Summe zu Marinezwecken verwendet werden könne, erwidert der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle, daß die fragliche Summe ja nicht erspart, sondern nur auf andere Weise aufgebracht werde.

Es entspinnt sich nun eine längere eingehende Besprechung über die bei einzelnen Posten des Marinebudgets zu machenden Ersparungen sowie über die Möglichkeit, den Anforderungen der Marineverwaltung zur Hebung der Marine möglichst entgegenzukommen, wobei sowohl seitens des k. k. Ministerpräsidenten Fürsten Windisch-Grätz als des k. k. Finanzministers Modalitäten in Anregung gebracht werden, wie nach Abstrich einiger Posten aus dem Budget der Marine doch der letzteren noch ein erheblicher Betrag über die ihr nach den vorjährigen Vereinbarungen zukommenden Mehrkosten per 500 000 fl. zur Verfügung gestellt werden könnte. Ein endgiltiges Resultat kommt jedoch nicht zustande.

Der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay weist schließlich darauf hin, daß zu einer Vereinbarung auf dem Wege der Beratung der einzelnen Posten nicht zu gelangen sein würde und daß daher vor allem die beiderseitigen Finanzminister die Summe feststellen sollten, um welche sie allenfalls eine Überschreitung der für den Marineetat ausgesetzten Quote von 500 000 fl. zulassen würden.

Der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle beruft sich auf die von ihm in der heutigen Konferenz bereits entwickelten finanziellen und politischen Gründe, welche ihm eine solche Überschreitung überhaupt nicht tunlich erscheinen lassen.

Der k. k. Finanzminister v. Plener wäre nicht abgeneigt, auf ei-

ne Überschreitung der Quote in einem gewissen Betrag einzugehen, wenn seitens der k. u. k. Marineverwaltung die verbindliche Erklärung abgegeben würde, daß die für 1895 bewilligte Überschreitung der Quote von 500 000 fl. an der Quote pro 1896 so in Abzug gebracht würde, daß statt des Mehrbetrages von 500 000 fl. ein um die heurige Überschreitung verminderter Betrag angesprochen würde.

Der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay regt an, daß dieses Arrangement in dem ostensiblen Budget nicht zum Ausdrucke gebracht, sondern die dieses Jahr bewilligte Überschreitung analog wie der der Heeresverwaltung im vorigen Jahre bewilligte Überschuß von 2 1/2 Millionen fl. behandelt werde.

Der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck erklärt, daß er morgen in der Lage sein würde, sich über die Möglichkeit der Erteilung der gewünschten verbindlichen Erklärung auszusprechen.

Die Konferenz einigt sich sohin, morgen die Äußerung des Marinekommandanten entgegenzunehmen, und wird die Sitzung geschlossen und die Fortsetzung der Beratungen auf morgen 11 Uhr vormittags anberaumt.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen.
Wien, 17. Mai 1894. Franz Joseph.

Nr. 69 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 29. März 1894

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Fürst zu Windisch-Grätz (o. D.), der kgl. ung. Ministerpräsident Wekerle (o. D.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (1. 4.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister GdK. Edler v. Krieghammer (o. D.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Graf Tisza (o. D.), der k. k. Finanzminister Edler v. Plener (o. D.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (7. 4.).

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Ritter v. Khu.

Gegenstand: Der Voranschlag über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie pro 1895.

KZ. 46 – RMRZ. 385

Protokoll des zu Wien am 29. März 1894 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky.

Der Vorsitzende bringt die gestern unterbrochene Beratung des Voranschlages der Marine als ersten Gegenstand zur Verhandlung.

Der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck erklärt, daß er nach eingehender Prüfung gefunden habe, daß er durch Annahme eines im nächsten Jahre rückzahlbaren Vorschusses mit Rück-